



Als der amerikanische Vizepräsident JD Vance im vergangenen Jahr auf der Münchner Sicherheitskonferenz erklärte, Europas politische Eliten untergrüben mit ihrer Migrationspolitik die eigene Stabilität und hielten rechtsgerichtete Parteien zu Unrecht von der Macht fern, war dies mehr als eine rhetorische Provokation. Es war eine programmatische Zäsur. Die Rede markierte einen Moment, in dem sich das transatlantische Verhältnis nicht nur atmosphärisch, sondern strukturell veränderte.

Was folgte, war eine Serie politischer Schritte aus Washington, die in Europa als Ausdruck strategischer Entfremdung gewertet wurden: neue Zölle auf europäische Produkte, eine Ukraine-Diplomatie, die aus Sicht vieler EU-Staaten russischen Interessen entgegenkam, und unverhohlene Drohungen, Grönland notfalls auch gegen den Willen Dänemarks unter amerikanische Kontrolle zu bringen. Bei einem Auftritt in der Schweiz erklärte Präsident Donald Trump, Europa sei ohne die Vereinigten Staaten „nichts“ – eine Formulierung, die in europäischen Hauptstädten als demonstrative Herabsetzung verstanden wurde.

Drei Viertel eines Jahrhunderts nach Ende des Zweiten Weltkriegs steht damit eine Beziehung zur Disposition, die lange als Fundament der westlichen Ordnung galt. Vor der diesjährigen Sicherheitskonferenz in München dominiert unter europäischen Entscheidungsträgern eine Mischung aus Vorsicht und demonstrativer Selbstbehauptung.

Abschied von der Illusion der Rückkehr

In diplomatischen Kreisen gilt inzwischen als Konsens, dass selbst ein möglicher Regierungswechsel in Washington keine einfache Rückkehr zur alten Verlässlichkeit garantieren würde. Zu stark habe sich die innenpolitische Dynamik in den Vereinigten Staaten verschoben, zu breit sei die Skepsis gegenüber multilateralen Verpflichtungen verankert.

Der jüngste Bericht zur Münchner Sicherheitskonferenz spricht ungewöhnlich offen von einer „Erosion zentraler Pfeiler der internationalen Ordnung“. Trump wird darin als politischer Akteur beschrieben, der bestehende Institutionen eher als Verhandlungsmasse denn als normative Bindung betrachtet. Die dänische Ministerpräsidentin Mette Frederiksen stellte öffentlich die Frage, wie dauerhaft die amerikanische Bündnistreue noch sei. Auch der deutsche Bundeskanzler Friedrich Merz räumte ein, die transatlantischen Beziehungen hätten sich „grundlegend verändert“.

Diese Aussagen markieren einen mentalen Bruch. Seit 1945 war die sicherheitspolitische Einbindung Europas in die amerikanische Schutzgarantie Kern westlicher Stabilität. Die NATO



war nicht nur Militärbündnis, sondern politischer Anker. Heute wird diese Gewissheit durch eine strategische Kalkulation ersetzt: Was geschieht, wenn Washington seine Rolle neu definiert – oder sie zumindest radikal transaktional interpretiert?

Beschwichtigung als Übergangstrategie

Gleichzeitig versuchen europäische Regierungen, Eskalationen zu vermeiden. Die Ankündigung zahlreicher NATO-Staaten, ihre Verteidigungsausgaben weiter zu erhöhen, entspricht einer langjährigen amerikanischen Forderung. Bereits 2024 erreichten erstmals zwei Drittel der Bündnismitglieder das Zwei-Prozent-Ziel des Bruttoinlandsprodukts; weitere Anhebungen sind angekündigt.

Auch in der Ukraine-Frage setzen europäische Staats- und Regierungschefs auf rhetorische Einbindung. Mehrfach wurde Trump als möglicher Vermittler gewürdigt – eine diplomatische Geste, die darauf abzielt, ihn stärker an westliche Positionen zu binden und einseitige Konzessionen an Moskau zu verhindern.

Im Handelsbereich kam es zu einer eilig ausgehandelten Verständigung, um neue Strafzölle zu begrenzen. Und in der Arktis signalisierten europäische NATO-Staaten eine stärkere Präsenz, um dänische Souveränitätsrechte faktisch abzusichern, ohne Washington öffentlich herauszufordern.

Diese Politik folgt einer Logik der Schadensbegrenzung: öffentliche Konfrontation vermeiden, hinter den Kulissen Absicherung betreiben.

Strategische Autonomie als Realität

Parallel dazu beschleunigt sich eine Entwicklung, die lange eher programmatischer Natur war: die Suche nach größerer europäischer Handlungsfähigkeit. Der Begriff der „strategischen Autonomie“, ursprünglich stark von Frankreich geprägt, hat sich inzwischen zu einem breiteren europäischen Leitmotiv entwickelt.

Die Europäische Union investiert verstärkt in gemeinsame Rüstungsprojekte, etwa im Rahmen des Europäischen Verteidigungsfonds. Deutschland hat mit einem Sondervermögen in dreistelliger Milliardenhöhe die Modernisierung seiner Streitkräfte eingeleitet. Frankreich wirbt für eine stärkere europäische Koordination im nuklearen Abschreckungskonzept. Kleinere Staaten intensivieren sicherheitspolitische Kooperationen mit Partnern im indo-pazifischen Raum, darunter Indien und Australien.



Auch wirtschaftlich wird Diversifizierung zur Maxime. Abhängigkeiten in Schlüsseltechnologien, von Halbleitern bis zu kritischen Rohstoffen, sollen reduziert werden. Die EU-Kommission spricht offen von „De-Risking“ gegenüber geopolitisch unsicheren Partnern – ein Begriff, der ursprünglich auf China gemünzt war, nun aber auch in transatlantischen Kontexten diskutiert wird.

Dabei geht es nicht um eine Abkehr von den Vereinigten Staaten, sondern um Risikostreuung. Europa bereitet sich auf eine Welt vor, in der amerikanische Politik stärker innenpolitischen Schwankungen unterliegt.

Washingtons Argument: Partnerschaft durch Stärke

Aus Sicht der Trump-Administration stellt sich die Lage anders dar. Amerikanische Vertreter betonen, Europa werde nicht fallen gelassen, sondern zu größerer Eigenverantwortung gedrängt. Jahrzehntlang hätten amerikanische Steuerzahler überproportional zur Verteidigung Europas beigetragen. Nun gehe es um ein Gleichgewicht.

Der amerikanische NATO-Botschafter Matthew Whitaker formulierte es kürzlich in Berlin in paternalistischer Metaphorik: Europa müsse „erwachsen werden“. Gefordert sei nicht Abnabelung, sondern Stärke. Diese Argumentation findet in Teilen der amerikanischen Öffentlichkeit parteiübergreifend Resonanz. Auch jenseits des Trump-Lagers wächst die Erwartung, dass Europa mehr zur eigenen Sicherheit beiträgt.

Damit verschiebt sich das normative Fundament der Allianz. Wo früher gemeinsame Werte und historische Erfahrung dominierten, treten Kosten-Nutzen-Kalküle stärker in den Vordergrund.

Die Rolle der öffentlichen Meinung

Bemerkenswert ist, dass sich nicht nur Regierungen, sondern auch Bevölkerungen neu positionieren. Eine im Januar veröffentlichte Umfrage des französischen Journals *Le Grand Continent* unter knapp 7.500 Personen in sieben europäischen Ländern ergab, dass 51 Prozent der Befragten Trump als „Gegner Europas“ einstufte, lediglich 8 Prozent als „Freund“. Eine deutliche Mehrheit sprach sich im Falle einer Eskalation um Grönland sogar für die Entsendung europäischer Truppen aus.

Solche Werte deuten auf einen Vertrauensverlust hin, der über tagespolitische Irritationen hinausgeht. Anders als während des Irakkriegs 2003 oder in Handelsstreitigkeiten der 1980er



Jahre betrifft die aktuelle Entfremdung zentrale Fragen von Souveränität, Bündnistreue und geopolitischer Verlässlichkeit.

Gleichwohl bleibt die gegenseitige Abhängigkeit erheblich. In Fragen der nuklearen Abschreckung, der Geheimdienstkooperation, der Finanzarchitektur und technologischer Innovation sind Europa und die USA eng verflochten. Ein vollständiger Bruch wäre weder ökonomisch noch sicherheitspolitisch rational.

Die Münchner Sicherheitskonferenz wird daher kaum spektakuläre Wendungen bringen. Wahrscheinlicher ist eine Phase nüchterner Bestandsaufnahme. Europas Führungseliten wissen, dass offene Konfrontation den strategischen Handlungsspielraum eher verkleinern würde. Zugleich haben sie verstanden, dass die Zeit der Selbstverständlichkeiten vorbei ist.

Zwischen Misstrauen und Trotz entsteht eine neue transatlantische Realität: weniger pathetisch, stärker interessengeleitet, möglicherweise robuster – aber ohne jene unerschütterliche Gewissheit, die das Bündnis über Jahrzehnte getragen hat.

Washington zieht Einwanderungsbeamte aus Minnesota ab

Die US-Regierung hat ihren umstrittenen Sondereinsatz der Einwanderungspolizei im Bundesstaat Minnesota beendet. Nach mehr als zwei Monaten intensiver Razzien und Kontrollen zieht Washington die zusätzlich entsandten Kräfte ab. Der Schritt markiert das vorläufige Ende einer Operation, die politisch wie gesellschaftlich tiefe Spuren hinterlassen hat.

Der Einsatz war unter der Leitung des „Border Czar“ Tom Homan erfolgt, der im Auftrag des Weißen Hauses eine verschärfte Durchsetzung des Einwanderungsrechts angekündigt hatte. Ziel sei es gewesen, illegale Migration konsequent zu bekämpfen und kriminelle Strukturen aufzubrechen. In der Praxis führte die Operation zu tausenden Festnahmen und mehreren gewaltsamen Zwischenfällen. Drei Menschen wurden bei Einsätzen angeschossen, zwei von ihnen – beide US-Staatsbürger – kamen ums Leben.

Die Vorfälle lösten landesweit Kritik aus. Bürgerrechtsorganisationen warfen den



Bundesbehörden unverhältnismäßige Härte und mangelnde Rücksicht auf lokale Gegebenheiten vor. Auch in Minnesota selbst wuchs der Widerstand gegen das Vorgehen aus Washington. Gouverneur Tim Walz reagierte auf die Ankündigung des Rückzugs mit vorsichtigem Optimismus. Zugleich sprach er von „tiefem Schaden“ und „generationenübergreifendem Trauma“, das der Einsatz in betroffenen Gemeinden hinterlassen habe. Neben sozialen Spannungen seien auch wirtschaftliche Einbußen entstanden – etwa durch geschlossene Geschäfte, fehlende Arbeitskräfte und ein Klima der Unsicherheit.

Politisch steht der Fall exemplarisch für den anhaltenden Konflikt zwischen Bundes- und Einzelstaatsebene in der amerikanischen Migrationspolitik. Während die Bundesregierung ihre Maßnahmen als notwendige Durchsetzung geltenden Rechts verteidigt, pochen einzelne Bundesstaaten auf eine stärker abgestimmte und verhältnismäßige Vorgehensweise. Die Ereignisse in Minnesota zeigen, wie rasch sicherheitspolitische Strategien in gesellschaftliche Zerreißproben münden können.

Mit dem Abzug der Beamten endet zwar die unmittelbare Präsenz der Operation, nicht jedoch die Debatte über ihre Legitimität und Folgen. Die Frage, wie weit der Bund bei der Durchsetzung von Einwanderungsrecht gehen darf – und welche politischen und sozialen Kosten dabei entstehen –, bleibt weiterhin offen.

WEITERE NACHRICHTEN

Der Sohn eines Militärgenerals, der eine der größten Parteien **Bangladeschs** gegründet hat, steht nach dem Wahlsieg seiner Partei bei einer richtungsweisenden Abstimmung vor dem Amt des nächsten Premierministers.

Trump hat der US-Regierung die Möglichkeit genommen, wirksam gegen den **Klimawandel** vorzugehen, indem er eine grundlegende wissenschaftliche Feststellung strich, wonach Treibhausgase eine Bedrohung für menschliches Leben darstellen.

Ein **ehemaliger norwegischer Premierminister** mit Verbindungen zum verurteilten Sexualstraftäter Jeffrey Epstein wurde von den norwegischen Behörden wegen „schwerer Korruption“ angeklagt.



Indiens Premierminister Narendra Modi sieht sich wegen seines Handelsabkommens mit Trump zunehmender Kritik ausgesetzt.

P.T.